

NACHRICHTEN

Völkermord-Vorwürfe zurückgewiesen

DEN HAAG: Vor dem UNO-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag haben am Dienstag die bosnischen Serben Radoslav Brdanin und Momir Talic auch die Anklage der Beteiligung am Völkermord während des Bosnienkonflikts zurückgewiesen. Sie plädierten auf nicht schuldig zu jeweils zwölf Punkten einer veränderten Anklage. Bereits kurz nach ihrer Festnahme im Juli und August 1999 hatten sie in getrennten Anhörungen bestritten, Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben. Seither hat Chefanklägerin Carla del Ponte die frühere Anklage für ein gemeinsames Verfahren zusammengefasst und beiden zusätzlich sowohl Völkermord als auch Beihilfe zum Völkermord vorgeworfen. Die ihnen zur Last gelegten Verbrechen geschahen zwischen April und Dezember 1992 während der serbischen Angriffe in der Krajina.

Wachmänner verletzen russischen Soldaten

MOSKAU: Die wachhabenden Marineinfanteristen der US-Botschaft in Moskau haben einen eingedrungenen russischen Soldaten mit fünf Schüssen getroffen. Der 22-Jährige sei verletzt, sagten die behandelnden russischen Ärzte am Dienstag. Bei dem Vorfall am Montagabend waren zwei russische Wehrpflichtige auf das US-Botschaftsgelände im Zentrum von Moskau eingedrungen. Nach Angaben der russischen Sicherheitsbehörden waren sie betrunken und wollten ein Auto stehlen. Die Wachleute der Botschaft eröffneten das Feuer und verletzten einen Eindringling. Der zweite, ein 19-jähriger Soldat, entkam zunächst, wurde aber später an einem nahe gelegenen U-Bahnhof gefasst. Das Innenministerium dementierte Berichte, die Wehrpflichtigen hätten in seinen Truppen gedient. Sie gehörten vielmehr zu einer Baueinheit des Verteidigungsministeriums.

Konvention gegen Terrorismus liegt vor

NEW YORK: Das neue UNO-Abkommen gegen Terrorismus liegt seit Montag in New York zur Unterschrift aus. Zu den sieben ersten Staaten, die das Abkommen unterzeichneten, gehörten die USA, Grossbritannien und Frankreich. Die «Konvention zur Verhinderung der Finanzierung des Terrorismus» wurde am 9. Dezember von der Vollversammlung der UNO beschlossen und tritt in Kraft, wenn 22 Staaten sie angenommen haben. Die Unterzeichner verpflichten sich unter anderem, die Finanzierung terroristischer Betätigung zu einem Straftatbestand zu machen.

Küng spricht sich gegen Rücktritt aus

ROM: Der kirchenkritische Schweizer Theologe Hans Küng hat sich gegen einen Rücktritt des Papstes ausgesprochen. Es bestehe die Gefahr, dass der Papst in einem solchen Fall die Wahl eines Nachfolgers «manipulieren oder beeinflussen» könnte. Dies sagte Küng in einem Interview mit der römischen Zeitung «La Repubblica». Zugleich lobte er den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, wegen seiner Äusserungen über einen möglichen Papst-Rücktritt. Lehmann habe den Mut gehabt, ein Thema anzusprechen, das bislang tabu gewesen sei. Küng gilt als einer der schärfsten Papst-Kritiker unter Theologen. Johannes Paul II. hatte ihm nach einem spektakulären Streit 1979 die kirchliche Lehreraulassung entzogen. Küng setzt sich weiterhin für eine Aufhebung des Zölibats und Zulassung von Frauen als Priester ein. In der Frage eines Papst-Rückzuges verwies Küng ausdrücklich auf den jüngsten Rücktritt des russischen Präsidenten Boris Jelzin; auch dieser habe dadurch einen ihm genehmen Nachfolger bestimmt. Falls Johannes Paul zurücktreten würde, könnten «wir einen anderen Papst haben, der Opus Dei nahe steht», sagte Küng.

Amnestie für AIS-Fundamentalisten

ALGIER: Der algerische Präsident Abdelaziz Bouteflika hat eine Amnestie für die Kämpfer der Fundamentalistenorganisation Islamische Armee des Heils (AIS) verkündet. Die Begnadigung sei die Folge des von der AIS im Oktober 1997 verkündeten Waffenstillstands, hiess es in einer am Dienstag in Algier veröffentlichten Erklärung. Die AIS habe ihre endgültige Auflösung und die Wiedereingliederung in die Gesellschaft beschlossen.

Fehler des Militärs eingeräumt

Rebellen wollen mit neuen Angriffen Verhandlungen erzwingen

MOSKAU: Die Rebellen in Tschetschenien wollen die Gegenangriffe auf die russischen Streitkräfte verstärken, um politische Verhandlungen zu erzwingen. Der russische Befehlshaber in Tschetschenien, Viktor Kasanzew, räumte derweil Fehler des Militärs ein.

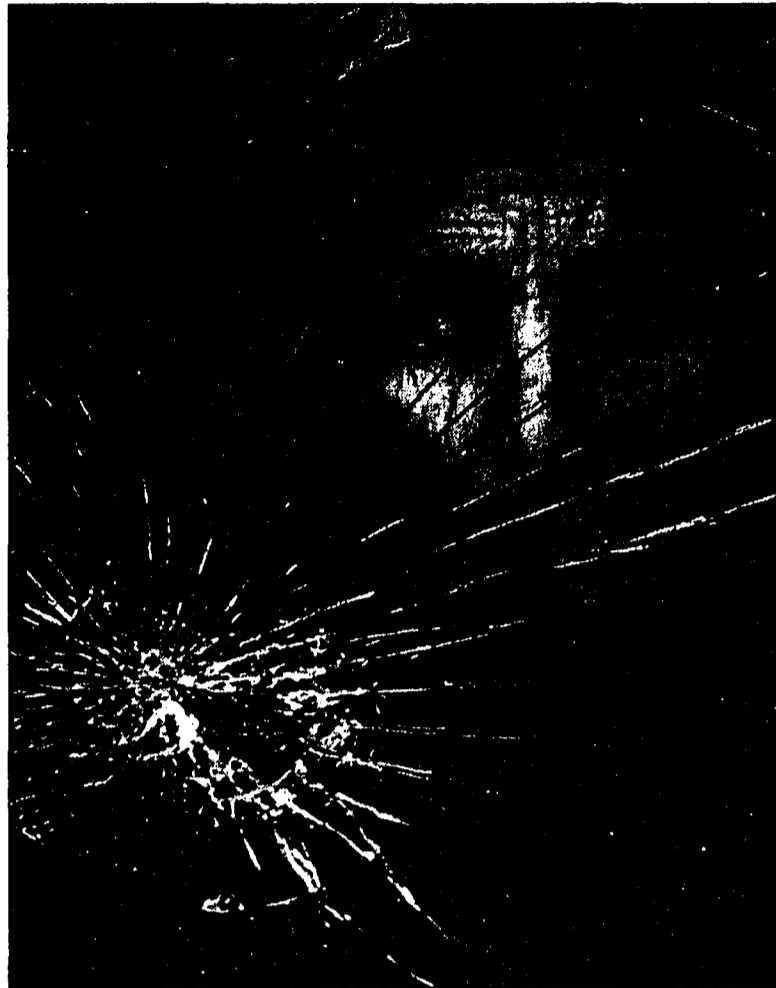
Im Widerspruch zur Darstellung des russischen Oberkommandos kämpften Rebellen nach eigenen Angaben mit russischen Einheiten weiterhin um die Stadt Schali, südöstlich der Hauptstadt Grosny. Auch in Grosny, das weitgehend von den Rebellen kontrolliert wird, brachen die Gefechte mit neuer Härte aus.

Trotz schlechter Wetterverhältnisse seien seit Montag mehr als 70 Einsätze gegen Stellungen der Kämpfer in Grosny sowie in Gudermes, Schali und Argun östlich von Grosny geflogen worden, teilte das Hauptquartier der russischen Kaukasus-Streitkräfte in Mosdok (Nordossetien) mit.

Zu politischem Dialog aufgerufen

Binnen drei Tagen hätten die Rebellen bei ihren Offensiven mehrere hundert Soldaten getötet oder verwundet, sagte Sajdajew. Die Russen hatten ihre Verluste seit Montag zunächst auf 16 Tote und 25 Verletzte beziffert und später auf elf Tote gemindert und 150 getötete Rebellen angegeben.

Der tschetschenische Präsident



Trotz Kämpfen halten sich zahlreiche Flüchtlinge im Kriegsgebiet auf.

Aslan Maschadow hat Moskau zum sofortigen Beginn eines politischen Dialogs aufgerufen, wie der tschetschenische Kommandant Momadi Sajdajew der Nachrichtenagentur Interfax sagte.

Die Rebellen wollten der russischen Führung demonstrieren,

«dass die Pläne, das tschetschenische Problem mit militärischen Mitteln zu lösen, nicht aufgehen», sagte Sajdajew. Die Gegenoffensiven seien eingeleitet worden, als Moskau erklärt habe, 80 Prozent des tschetschenischen Territoriums sei unter russischer Kontrolle.

Nach Maschadows Ansicht könnten nur direkte Gespräche zwischen der Führung Tschetscheniens und der russischen Regierung sowie die Unterzeichnung eines Vertrages zum Frieden führen, sagte Sajdajew weiter. Die russische Führung hat Verhandlungen bislang abgelehnt.

Der russische General Kasanzew warf den eigenen Soldaten «Weichherzigkeit» vor. Die Truppen des Innenministeriums seien verantwortlich dafür, dass bei einem Gegenangriff der tschetschenischen Rebellen in Argun und Schali am Sonntag 26 Soldaten getötet worden seien.

Sie seien «schlampig» gewesen, hätten Fehler gemacht und die Häuser grosser Familien in den Orten nicht ordentlich «gesäubert». «Es war unser weiches Herz, unser Vertrauen, das zu den Verlusten geführt hat», sagte Kasanzew.

Männer strenger überprüft

Nach russischen Angaben begannen die Soldaten am Dienstag mit neuen «Säuberungen» in Argun, Schali und Gudermes und kontrollierten dabei vor allem die männliche Bevölkerung. Ab Mittwoch würden nur noch Kinder bis zu zehn Jahren, Frauen und Alte ab 60 Jahren als Flüchtlinge gelten, sagte Kasanzew. Rund 70 000 Flüchtlinge aus Tschetschenien sind bisher nach Angaben des UNO-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) in russisch kontrollierte Gebiete in der Kaukasus-Republik zurückgekehrt. In der Nachbarrepublik Inguschetien hielten sich noch 150 000 bis 180 000 Flüchtlinge auf.

Ecuador – ein Land im Chaos

Immer mehr soziale Unruhen und Gerüchte um einen Putsch

MEXIKO-STADT: Das Bananen und Erdöl exportierende Ecuador versinkt immer tiefer im Chaos. Normalerweise abseits des Weltgeschehens gelegen, macht die Zwölf-Millionen-Einwohner-Nation mit drastischem Währungsverfall, sozialen Unruhen und gar Gerüchten von Putsch Schlagzeilen.

Klaus Blume

In Lateinamerika für überwunden geglaubte Probleme tauchen damit in den Anden wieder auf. Ecuadors Präsident Jamil Mahuad, dessen Rücktritt weite Teile der Bevölkerung fordern, hat am Sonntagabend versucht, die Notbremse zu ziehen und mit einer Festschreibung des Wechselkurses wieder Stabilität in die Wirtschaft zu bringen.

Ob sich die Massnahme angesichts des Widerstandes der Zentralbank und vermutlich auch des Internationalen Währungsfonds (IWF) überhaupt realisieren lässt, war am Montag noch völlig ungewiss.

Viele Jahre Stabilität

Seit dem Ende der letzten Militärdiktatur 1979 zeichnete sich Ecuador viele Jahre durch politische Stabilität aus. Dann musste im Frühjahr 1997 der erst ein halbes Jahr zuvor gewählte Präsident Abdula Bucaram nach Massenprotesten seinen Hut nehmen.

Bucaram, der mehr als Schlagersänger und Hobbyfussballer denn als Staatsmann Furor machte, wurde vom Kongress für unzurechnungsfähig erklärt. Zwischen seinem Rücktritt und Mahuads Wahl regierte ein Übergangspräsident.

Widerstand der Gewerkschaften

Mahuad übernahm das Land im August 1998 in wirtschaftlich



Die Unruhen lassen erahnen, dass die Bevölkerung unzufrieden ist.

schwierigen Zeiten. Die Asienkrise setzte ganz Lateinamerika zu, und der Verfall der Erdölpreise bescherte Ecuador empfindliche Verluste. Die Versuche Mahuads, den Staatshaushalt zu sanieren, stiessen auf erbitterten Widerstand der Gewerkschaften.

Die internationalen Rohölpreise haben sich inzwischen zwar wieder erholt, doch die Krise wurde sozusagen zum Selbstläufer: fehlendes Vertrauen drückte den Wechselkurs immer tiefer.

Die Lage wurde noch schlimmer, als Ecuador im August als erstes Land der Dritten Welt den Schuldendienst auf die so genannten Brady-Bonds aussetzte. Hierbei handelt es sich um Staatsanleihen, die nach der Schuldenkrise der 80-er Jahre in vielen Ländern zur Umschuldung alter Kredite eingesetzt wurden.

Armee hinter Mahuad

In seiner relativ kurzen Amtszeit

hat Mahuad schon drei Generalstreiks überstanden. Doch Arbeiter und Indios wollen in dieser Woche den Druck auf den Präsidenten verstärken.

Im Parlament hat Mahuad keine Mehrheit; selbst einige Kabinettsmitglieder versuchen sich Presseberichten zufolge von ihm abzusetzen. Aber die in der Bevölkerung relativ populäre Armee hat sich hinter Mahuad gestellt.

Die von Mahuad angestrebte Festanbindung des Sucre an den Dollar, in der Fachwelt «Currency Board» genannt, existiert in dieser Form zum Beispiel in Argentinien und Hongkong. «Wenigstens hat Mahuad einen klaren Weg aufgezeigt», schrieb am Montag die Zeitung «Hoy».

Skeptischer zeigte sich das Konkurrenzblatt «El Comercio»: «Die Intervention des Präsidenten hält nach wie vor den wichtigsten Virus, unter dem das Land leidet, am Leben: die allgemeine Unsicherheit.»

Kinder als Soldaten: USA wollen Einigung

GENÈVE: Die USA wollen eine Einigung über ein Verbot des Einsatzes von Kindersoldaten in bewaffneten Konflikten. Washington tritt aber für ein Mindestalter von 17 Jahren für die freiwillige Rekrutierung ein. Eine UNO-Arbeitsgruppe berät in Genf über das Thema. US-Botschafter Michael Southwick, Leiter der US-Delegation beim Treffen in Genf, erklärte am Dienstag der Zeitpunkt für ein Abkommen sei gekommen. Die Verhandlungen über ein fakultatives Zusatzprotokoll zur Konvention über die Rechte der Kinder beim Einsatz von Kindern in bewaffneten Konflikten, begannen vor sechs Jahren. Damit, das angestrebte Protokoll wirksam sei, müsste es für alle Staaten offen sein und die grösstmögliche Unterstützung erhalten, sagte Southwick. Über 70 Länder rekrutierten unter 18-Jährige. Die USA legen einen Textentwurf vor, der eine Spezialklausel für die freiwillige Rekrutierung und die Entsendung vorsah. Die USA pochen auf ein Mindestalter von 17 Jahren. Die gegen die Mehrheit der anderen Regierungen für ein Mindestalter von 18 Jahren in den USA sind jedes Jahr rund ein Fünftel der insgesamt 200 000 neuen Rekruten 17-Jährige. Ihre Beteiligung an Konflikten sei sich freiwillig, sagte Southwick. Die USA berufen vorerst ein Mindestalter von 18 Jahren für den obligatorischen Militärdienst sowie die Rekrutierung von nichtmilitärischen Angehörigen. «Wir wollen ein Mechanismus zur Überprüfung der Einhaltung des Zusatzprotokolls entwickeln», sagte Southwick. Nach Angaben der UNO sind derzeit rund 300 000 Kinder in bewaffneten Konflikten als Soldaten eingesetzt.